



# MARKTGEMEINDE WEIDEN AM SEE

## VERHANDLUNGSSCHRIFT

aufgenommen anlässlich der Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Weiden am See am **21. Dezember 2023** im Sitzungssaal der Gemeinde.

**Beginn:** 19:00 Uhr  
**Ende:** 00:25 Uhr

**Anwesend:** Bürgermeister Heinrich **HARETER**, Vizebürgermeister Christian **WANDLER**, die Vorstandsmitglieder Franz **SCHÜTZ**, Michael **GUTTMANN**, Klaus **FUHRMANN** und Beate **GANGL**, sowie die Gemeinderatsmitglieder DI Franz **SZECSENYI**, Bernhard **SCHÜTZ**, Mag. Manuel **KUNI**, Peter **BRUNNER**, Harald **GROSS-REDMANN**, Gerhard **ACHS**, Manfred **HIMMLER**, Ing. Maximilian **MAIRHOFER**, Günter **HARETER**, Wolfgang **SCHWARTZ**, DI Franz **WOHLFART**, Sonja **FUHRMANN** und Ersatzgemeinderäte Georg **SIFFERT**, Christian **LEOPOLD**

Schriftführerin: AF Katharina **KUMMER**, BA und Johanna **WEISS**

**Nicht anwesend und entschuldigt:** Jennifer **PFEFFER**, Nicole **NEUBAUER**, Markus **MUSIL**, Dr. Jozsef **VARGA**, Gabriela **SALZER**, Jürgen **HIMMLER** (ERG)

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt fest, dass sämtliche Gemeinderatsmitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist und eröffnet die Sitzung.

Zu Beglaubiger der Verhandlungsschrift werden die Gemeinderäte Sonja **FUHRMANN** und Gerhard **ACHS** bestellt.

Zu Beginn wird Christian Leopold (SPÖ) als neues Ersatzgemeinderatsmitglied gem. § 15a vom Bürgermeister (SPÖ) angelobt.

Daraufhin fragt der Vorsitzende, ob es noch Einwendungen zur Verhandlungsschrift der Sitzung vom 26.09.2023 gibt. Folgende Einwendungen werden eingebracht:

Ing. Maximilian Mairhofer (ULW) stellt den Antrag, das Abstimmungsergebnis bei der 3. Beantragung eines zusätzlichen Tagesordnungspunkts („Vorlage einer Bedarfsplanung und eines Entwicklungskonzepts für die Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen“, Seite 3) richtig zu stellen.

Für den Antrag wurden irrtümlicherweise Harald Gross-Redmann, Franz Schütz und Jennifer Pfeffer angeführt, obwohl sie dagegen waren bzw. sich der Stimme enthalten haben.  
Das Abstimmungsergebnis lautet richtig:

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Peter Brunner (SPÖ), Manfred Himmller (SPÖ), Markus Musil (SPÖ), Dr. Jozsef Varga (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ), Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP), Michael Guttmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), DI Franz Szecsenyi (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP), Nicole Neubauer (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP), DI Franz Wohlfart (ÖVP), Georg Siffert (ÖVP)

Gegen den Antrag stimmt: Harald Gross-Redmann (SPÖ)

Es enthalten sich der Stimme: Franz Schütz (SPÖ), Jennifer Pfeffer (SPÖ)

Der Antrag über die Änderung des Protokolls wird **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

Ing. Maximilian Mairhofer (ULW) ist aufgefallen, dass der Anhang zum Protokoll keine Seitennummerierung hat.

Bgm. Heinrich Hareter erklärt, dass der Anhang zum Protokoll dazugehängt wird.

Christian Wandler (ÖVP) kritisiert, dass die Terminwahl der Sitzung mit nur drei Tagen vor Weihnachten nicht optimal ist und mit 25 Tagesordnungspunkten zu lange dauern wird.

Der Bürgermeister (SPÖ) stellt den Antrag die Verhandlungsschrift der Gemeinderatsitzung vom 26.09.2023 zu genehmigen.

Die Genehmigung der Verhandlungsschrift vom 26.09.2023 wird **einstimmig** beschlossen.

1. Vor Eingehen in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende (SPÖ) einen Antrag um Aufnahme des zusätzlichen Tagesordnungspunktes: „Ansuchen Vergrößerung der Pachtfläche, Gst.Nr. 1944/2“.

Diesem Antrag wird **von allen zugestimmt**, daher wird dieser Punkt als TOP 22 aufgenommen.

2. Als nächstes stellt Christian Wandler (ÖVP) den Antrag, den Tagesordnungspunkt: „Resolution zum Erhalt des Welterbes Neusiedlersee“ aufzunehmen.

Diesem Antrag wird **von allen zugestimmt**, daher wird dieser Punkt als TOP 23 aufgenommen.

3. Ing. Maximilian Mairhofer (ULW) beantragt nochmal die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Bestandaufnahme des Leerstandes in Weiden am See“.

Diesem Antrag wird **von allen zugestimmt**, daher wird dieser Punkt als TOP 24 aufgenommen.

Nach Aufnahme von drei zusätzlichen Tagesordnungspunkten ergibt sich daher folgende:

### **Tagesordnung**

- 1) Bericht des Prüfungsausschusses
- 2) Bericht aus den Ausschusssitzungen
- 3) Voranschlag 2024
- 4) Starebekämpfungskosten 2023, Verordnung
- 5) Netz Burgenland, Dienstbarkeitsvertrag Gst.Nr. 1941/1, 1943
- 6) Aufhebung der Verordnung vom 26.09.2023 – Tempo 30, falsche Zuständigkeit
- 7) Rahmenwerkvertrag mit Dr. Herbert Cerny inkl. Vertretungsärzte
- 8) Grundkauf, landwirtschaftliche Hallen
- 9) Servitutsvertrag, landwirtschaftliche Hallen
- 10) Vergabe Ingenieurleistungen Mischwasserüberlaufbecken
- 11) Verordnung für Baulandfreigabe (§ 45 Abs. 2 BglD. RPG), Obere Hauptstraße 42
- 12) „ARGE Wagram“ – Beitritt
- 13) Segel- und Surfschule, Entscheidung über Bewerber
- 14) Ansuchen Miete Geschäftslokal EG Raiffeisenplatz 11 (rechts) – Christian Karner
- 15) Ansuchen Miete Räume OG Raiffeisenplatz 11 (rechts) – Max Matissek
- 16) Auslagerung der Abfertigungsansprüche, GRAWE
- 17) Bedarfserhebung- und Entwicklungskonzept gem. § 5 BglD. KBBG 2009
- 18) Kindergarten – Errichtung eines Gruppenraums

- a) Grundsatzbeschluss Zubau und Auftragsvergabe
  - b) Aufnahme in das Kindergarten- bzw. Kinderkrippenbauprogramm
  - c) Verpflichtungserklärung betreffend Zweckzuschuss vom Land Burgenland
- 19) Vergabe Kindergarten
- a) Baumeister
  - b) Container
  - c) Zimmermann
  - d) Spengler/Schwarzdecker
  - e) Maler + Bodenleger
- 20) Voranschlag 2023, Kenntnisnahme der Aufsichtsbehörde
- 21) Klinik Gols, Standort Zustimmung
- 22) Ansuchen Vergrößerung der Pachtfläche, Gst.Nr. 1944/2
- 23) Resolution zum Erhalt des Welterbes Neusiedlersee
- 24) Bestandaufnahme des Leerstandes in Weiden am See
- 25) Personalangelegenheit, Überstellung in Entlohnungsgruppe bv2 (nicht öffentlich)
- 26) Ausnahmen von der Bausperre (nicht öffentlich)
- 27) Gst.Nr. 1023/382, Zustimmungserklärung (nicht öffentlich)
- 28) Allfälliges

#### **TOP 1. Zahl 107/2023 – Bericht des Prüfungsausschusses**

Mag. Manuel Kuni (ÖVP) als Obmann des Prüfungsausschusses erklärt, dass der Prüfungsausschuss am 02.10.2023, 30.11.2023 und 12.12.2023 getagt hat. Die Berichte dieser Sitzungen wurden an die Gemeinderäte übermittelt.

Da keine Fragen gestellt werden, werden die Berichte vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen und der Verhandlungsschrift als wesentlicher Bestandteil (Beilage TOP 1. Zahl 107/2023) angeschlossen.

#### **TOP 2. Zahl 108/2023 – Bericht aus den Ausschusssitzungen**

Christian Wandler (ÖVP) erinnert an den Beschluss, dass die Ausschüsse stärker eingebunden werden sollen. Da dies nicht ausreichend geschieht, hat die ÖVP die Aufnahme dieses Tagesordnungspunkts beantragt.

Außerdem möchte er wissen, warum keine Sitzung des Ausschusses „Familie, Bildung, Kinder und Jugend“ stattgefunden hat. Der Bürgermeister (SPÖ) erklärt, dass er von Obfrau Jennifer Pfeffer (SPÖ) gefragt wurde, ob sie eine Sitzung abhalten soll, er es aber nicht als notwendig empfand. Franz Schütz (SPÖ) merkt dazu an, dass sich die Mitglieder des Ausschusses einig waren, dass es keinen Bedarf für eine Sitzung gab.

Christian Wandler (ÖVP) meint dazu, dass die Erhöhung der Essenspreise für Kindergarten und Schule sowie der geforderte Bio-Anteil seiner Meinung nach hätte behandelt werden können.

Christian Wandler (ÖVP) kritisiert, dass die Ausschussmitglieder selbst die Protokolle der Sitzungen erstellen sollen.

#### **Bericht des Ausschusses „Kultur, Vereine und Sport“ (21.11.2023)**

Der Obmann des Ausschusses, Christian Wandler (ÖVP), informiert von der Sitzung am 21.11.2023 und spricht vor allem die Probleme des Fußballvereins an. Viele Vereinsmitglieder haben angekündigt, ihr Amt niederzulegen. Peter Brunner (SPÖ) meint dazu, dass es letzte Woche eine Sitzung des Fußballvereins gab.

Christian Wandler (ÖVP) fragt, welche Kosten für die Veranstaltung „Weihnachtszauber“ angefallen sind. Der Bürgermeister (SPÖ) berichtet, dass es noch keine Endabrechnung gibt.

#### **Bericht des Ausschusses „Umwelt und Energie“ (19.10.2023)**

Franz Schütz (SPÖ) als Obmann des Ausschusses berichtet von den besprochenen Themen: Planung für das Jahr 2024, Projekte für eine Kreislaufwirtschaft und die Begrünung und Beschattung von Spielplätzen.

Zum Thema Bepflanzung wurde überlegt, sogenannte „Baumpatenschaften“ anzubieten. Ein weiterer Vorschlag ist den Einwohnern anzubieten, dass sie über die Gemeinde Bäume bestellen können.

Am Feuerwehrhaus soll eine Photovoltaikanlage angebracht werden, dafür wurden Mittel im Voranschlag 2024 berücksichtigt.

Weiters wurde das Konzept einer Kreislaufwirtschaft besprochen. Eine Möglichkeit wäre, das alte Auffangbecken rückzubauen, den Beton weiterzuverwenden und metallische Rohstoffe zu verschrotten. So könnte eventuell das Grundstück aufgewertet werden. Zu diesem Thema sollen im Jahr 2024 Informationen gesammelt werden.

Unter Allfälliges wurde besprochen, dass der Ausschuss einmal pro Quartal tagen wird und gerne mit dem Ausschuss „Bau und Planung“ zusammenarbeiten würde.

Zum Thema Photovoltaikanlagen hat Christian Wandler (ÖVP) einige Fragen. Er möchte wissen, ob für die im Jahr 2023 installierten Photovoltaikanlagen Förderungen lukriert wurden. Das wird vom Bürgermeister (SPÖ) bejaht. Des Weiteren erkundigt er sich über den aktuellen Stand zum Projekt Repowering und der geplanten Photovoltaikanlagen von Herrn Martin Pfundner. Zu beiden Themen gibt es keine neuen Informationen.

Auf die Frage von Christian Wandler (ÖVP), was der Umweltgemeinderat vom Repowering hält, antwortet Franz Schütz (SPÖ), dass er es als großen Mehrwert sieht.

#### **Bericht des Ausschusses „Seebad und Tourismus“ (24.10.2023)**

Zu Beginn berichtet Obfrau Beate Gangl (ÖVP), dass der Zustand der Trockenliegeplätze im Ausschuss diskutiert wurde, da diese nicht ordnungsgemäß hinterlassen wurden. Deswegen wurde eine Frist für die Räumung gesetzt. Darüber hinaus wurden die Trockenliegeplätze untervermietet, was laut dem Pachtvertrag nicht erlaubt ist.

Da manche Liegeplätze noch immer nicht geräumt sind, will Bernhard Schütz (ULW) wissen, wie es weitergeht. Der Vorsitzende (SPÖ) erklärt, dass ein erneutes Schreiben mit Aufforderung zur Räumung an die Mieter geschickt wird. Wenn sie der Aufforderung trotzdem nicht nachkommen, wird ihnen die Kündigung ausgesprochen.

Beate Gangl (ÖVP) fährt mit ihrem Bericht fort und informiert, dass die folgenden Anschaffungen und Instandhaltungen geplant sind: Aufbewahrungsboxen für Stand-Up-Paddles, Baumpflanzungen, Streichen der Surfboxen und Umkleiden, Ankauf von Sitzbänken, Neugestaltung des Vorplatzes und ein zweiter Beachvolleyballplatz.

Von der Firma Böhm wurde der Schlamm bei der Segelschule ausgebaggert. Der Vizebürgermeister (ÖVP) fragt, was mit dem Schlamm passiert? Eigentlich hätte er von der Firma entsorgt werden müssen. Obwohl das nicht geschehen ist, wurde der volle Rechnungsbetrag in der Höhe von € 30.000,- verrechnet. Die Firma Böhm soll den Schlamm kostenlos wegtransportieren.

Christian Wandler (ÖVP) stellt die Frage, warum die toten Bäume bei den Kinderspielplätzen am Seebad nicht entfernt bzw. ersetzt wurden? Die Firma Maly Gartengestaltung ist der Meinung, dass die Gemeinde selbst schuld ist, dass die Bäume nicht ordentlich gewachsen sind, da sie nicht richtig gepflegt wurden.

Franz Wohlfart (ÖVP) erinnert an den fehlerhaften Stromanschluss des Feuerwehr-Containers und gibt zu bedenken, dass während der Winterpause der optimale Zeitpunkt wäre, dies zu regeln. Der Bürgermeister teilt mit, dass der Fehler des irrtümlichen Stromanschlusses bereits geklärt wurde. Die Stromzuleitung zum Feuerwehr-Container erfolgt derzeit mit einem provisorischen Kabel vom Verteilerkasten der Sturmwarnanlage und soll bis zum Saisonbeginn 2024 durch ein Erdkabel ersetzt werden.

#### **Bericht des Ausschusses „Bau, Planung und Wege“**

Obmann Klaus Fuhrmann (ULW) erklärt, dass er keine Sitzung abgehalten hat, weil ihm keine Unterlagen oder Informationen übermittelt wurden. Es wurde vereinbart, dass die Ausschüsse eingebunden werden sollen, aber das kann nur passieren, wenn sie Unterlagen überreicht bekommen.

Als Beispiel hat er die Bedarfserhebung für den Kindergarten erst vor kurzem erhalten, obwohl diese schon im Februar 2023 an die Landesregierung verschickt wurde. Hätte der Ausschuss die Erhebung schon früher bekommen, dann hätte sich schon längst überlegt werden können, ob ein Zubau zum Kindergarten überhaupt notwendig ist. Auch für die Schule kann nichts geplant werden ohne etwas über die Entwicklung zu wissen.

Christian Wandler (ÖVP) spricht nochmals das Thema Photovoltaikanlagen an. Im Planungsausschuss wurde nicht über die geplanten Photovoltaikanlagen informiert, aber eine Woche später gab es bei der Gemeindevorstandssitzung einen Tagesordnungspunkt darüber. Er hinterfragt, ob die Firma Ettl wirklich der Billigstbieter war und meint, dass die Angebote damals nicht verglichen werden konnten.

Der Vizebürgermeister (ÖVP) wird von Franz Schütz (SPÖ) gefragt, ob er der Photovoltaikanlage zugestimmt hat. Als Antwort gibt er an, dass er zugestimmt hat, aber nicht wusste, dass in der Ausschreibung nicht alles inkludiert war.

Harald Gross-Redmann (SPÖ) will wissen, warum die kritisierten Punkte nicht bei der Anhörung des Voranschlages angesprochen wurden.

Klaus Fuhrmann (ULW) möchte abschließend folgende Anmerkung in das Protokoll aufnehmen: „Es wurde am 04.09.2023 eine Ausschusssitzung abgehalten. Leider wurde mir bei der darauffolgenden Gemeinderatssitzung nicht die Möglichkeit gegeben davon zu berichten.“

#### **Bericht des Ausschusses „Feuerwehr, Zivil- und Katastrophenschutz“ (13.11.2023)**

Obmann Michael Guttmann (ÖVP) erläutert, dass das Budget 2024, in Absprache mit dem Feuerwehrmann Christopher Nemeth, von der Tagesordnung genommen wurde, da ein paar Tage später eine Besprechung im Gemeindeamt stattgefunden hat.

Um für ein Blackout vorzusorgen, wurden verschiedene Angebote für ein Notstromaggregat eingeholt und auch Mittel im Voranschlag 2024 dafür vorgesehen. Der Ankauf von Sirenen wurde ebenfalls berücksichtigt.

Bei der Sitzung wurde der Katastrophenschutzplan diskutiert und wie die Bevölkerung am besten informiert werden kann. Der Ausschuss hat sich auf das Aussenden von Informationsblättern geeinigt. Außerdem soll ein Krisenstab eingerichtet werden.

Sollte es einen länger andauernden Stromausfall geben, muss überlegt werden, wo eine Notfallküche eingerichtet werden kann.

Weiters sollen zwei Hydranten angekauft werden.

Klaus Fuhrmann (ULW) schlägt vor, sich mit einer Gemeinde in Verbindung zu setzen, die bereits einen Stromausfall hatte, um zu erfahren, was alles notwendig ist.

**Bericht des Ausschusses „Soziales, Gesundheit und Pflege“ (25.10.2023)**

Vom Obmann Christian Wandler (ÖVP) wird berichtet, dass der Ausschuss die Verlängerung des Parkstreifens beim Friedhof empfiehlt und dort wieder Bäume gepflanzt werden sollen. Bezüglich Leichenhalle wurde überlegt, ob eine Sanierung oder Neubau sinnvoller ist.

Zum Thema Pflegestützpunkt soll es einen Termin mit der zuständigen Sachbearbeiterin Frau Ranftl geben.

**TOP 3. Zahl 109/2023 – Voranschlag 2024 (20:30)**

Der Vorsitzende (SPÖ) berichtet, dass der Voranschlagsentwurf für das Jahr 2024 nach Anhörung des Gemeindevorstandes erstellt wurde und im Gemeindeamt zur allgemeinen öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt war. Es wurden keine Erinnerungen eingebracht.

Vom Bürgermeister wird erwähnt, dass von der ULW leider keine Vorschläge bei der Vorstandssitzung eingebracht wurden.

Der Voranschlag 2024 und der mittelfristige Finanzplan 2024 bis 2028 wurden in der Sitzung des Prüfungsausschusses am 12.12.2023, wo alle Fraktionen vertreten waren, ausführlich erläutert. Die größeren Projekte werden aufgezählt.

Aus der Sicht der ÖVP ist der Voranschlag 2024 nicht schlüssig und unvollständig. Daher möchten sie Folgendes im Protokoll festhalten:

„Budgetvoranschlag 2024

***Wir erlauben uns hier an dieser Stelle einige Anmerkungen zum Budgetvoranschlag 2024 anzuführen und möchten diese auch dementsprechend im Protokoll vermerkt sehen.***

Vorweg sei festgehalten und nochmals erwähnt, dass ausschließlich der Bürgermeister für die Erstellung und den Inhalt des Budgets verantwortlich ist. (Er hätte die Möglichkeit sich von Ausschüssen sowie von der Anhörung des Gemeindevorstandes leiten zu lassen).

Aus unserer Sicht ist das Budget nur teilweise schlüssig und noch nicht zu Ende gedacht. Dies möchten wir gerne anhand einiger nachfolgender Punkte untermauern. Kein Anspruch auf Vollständigkeit:

1. Der viele Regen der letzten Wochen hat gezeigt, dass auf der Mülldeponie Handlungsbedarf herrscht. Es wäre längst überfällig auch hier Maßnahmen zur Asphaltierung einzuleiten um hier entgegenzusteuern. Stattdessen finden wir im Budget 40.000€ für die Asphaltierung eines Spielplatzes. In der genaueren Betrachtung handelt es sich hier um einen Skaterplatz am Sportplatzgelände. Wir weisen darauf hin, dass ein ähnlicher Platz in ähnlicher Lage bereits vor Jahren existierte und aufgrund von Lärmbelästigung wieder demontiert wurde. Als Hinweis an unseren Bürgermeister möchten wir erwähnen, dass die damaligen Rampen noch in der Deponie gelagert werden und sofort wieder eingesetzt werden könnten, wenn zwingender Bedarf von der Bevölkerung aufgezeigt wird. Andernfalls sehen wir die Asphaltierung dieses Platzes als nicht notwendig und es könnte dieser Betrag an anderer, oben erwähnter Stelle verwendet werden.
2. Als weiteren Punkt möchten wir den Beschluss „Tempo 30“ nochmals anführen. Hierzu sind Rückbauten, Blumentröge, Schwellen usw. notwendig. Für die Umsetzung ist der

Bürgermeister verantwortlich. Hier möchten wir festhalten, dass im Budget kein Euro für die Anschaffung und Umsetzung enthalten ist.

3. Ein weiterer Punkt den wir anführen möchten, ist die Autobushaltestelle die im Budget verankert ist. Wir würden es grundsätzlich für eine gute Investition halten, jedoch haben wir die Befürchtung aus der Vergangenheit, dass hier wieder ein Projekt ins Leben gerufen wird, welches im Vorfeld nicht auf Machbarkeit geprüft wurde. Sind die Platzverhältnisse auf öffentlichem Grund ausreichend?
4. Als letzten Punkt den wir noch aufzeigen möchten, ist der Kindergartenzubau. Hier finden wir im Budget 290.000,00 €, wobei bereits vor Budgeterstellung bzw. Fertigstellung und Auflage des Voranschlages 2024 eine Grobkostenschätzung des gesamten Projektes von Hr. Kandelsdorfer mit ca. 212.000€ dem Bürgermeister vorlagen.
5. Angemerkt sei auch, dass sich die Güterwege in einem sehr desolaten Zustand befinden. Auch zu diesem Punkt ist im Budgetvoranschlag keine positive Entwicklung zu sehen. Weiters nicht im Budget zu finden, ist die Sanierung des Kanals im Seeuferplatz.
6. Wir erinnern an die letzte Gemeinderatssitzung bei der der Bürgermeister einen Antrag auf einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt „Grundsatzbeschluss Pflegestützpunkt beim Forstgarten“ stellte. Auf der heutigen Agenda sehen wir wieder keinen Punkt zu diesem Thema. Hat sich hier vielleicht ohnehin die Sichtweise der SPÖ schon geändert, da wir im Budget auch keinen Euro diesbezüglich finden, sodass auch das Jahr 2024 vergehen wird, ohne hier tätig zu werden.

Weiden liegt uns am Herzen.

Aus diesem Grunde schenken wir dem Bürgermeister trotz der oben angeführten Versäumnisse das Vertrauen für den Budgetvoranschlag 2024, da wir längst überfällige Projekte wie das Mischwasserbecken, Zubau Schule, Zubau Kindergarten und Sanierung Aufbahrungshalle nicht blockieren möchten.

Wir fordern jedoch nochmals den Bürgermeister auf, mit dem gesamten Gemeinderat, den Ausschüssen sowie dem Gemeindevorstand offener, objektiver und transparenter zusammenzuarbeiten um Weiden am See bestmöglich weiterzuentwickeln und die unüberlegten, nicht zu Ende gedachten Alleingänge zu unterlassen. Ein weiteres Mal werden das Budget auf diese Weise nicht mehr mittragen.“

Ing. Maximilian Mairhofer stellt namens der ULW nachstehenden Abänderungsantrag:  
**„Abänderungsantrag zum VA 2024 und mfp 2024-2028“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
Sehr geehrte Gemeindevorantwortliche,

Die ULW stellt auf Basis der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Gemeinde-Haushaltsführung zum VA 24 und mfp 24-28 den Abänderungsantrag in folgenden Punkten:

1. Die Summe der Aufwendungen im Verwaltungsbudget 2024 von € 6.970.800,00 ist auf € 5.973.040,00 – das sind 15 % - zu reduzieren, um einen ausgeglichenen Haushalt sicherzustellen.

2. Der im Verwaltungsbudget 2024 enthaltene Ansatz „Friedhof/Instandhaltungen“ von € 170 TEUR ist in das Investiv-Budget zu überführen und ist damit AFA-fähig und entlastet dadurch das Ergebnis.
3. Zum Investiv-Budget:
  - a. Kanalbau BA 18: Aufgrund des Zeithorizonts und des damit verbundenen Baufortschrittes beantragen wir den Ansatz für diese Position mit 1 MIO zu splitten und zwar: 2024/600TEUR und für 2024/400 TEUR.
  - b. Der Volksschulzubau soll, da aktuell nicht einmal eine Bedarfserhebung eingeleitet wurde, erst auf die Planungskosten von ~ 50 TEUR, auf 2025 (300 TEUR) verschoben werden.
  - c. Der im Prüfungsausschuss deklarierte Spielplatz/Skater-Platz soll aus dem Budget 2024 gestrichen werden, weil weder eine Bedarfserhebung noch eine Planung der Örtlichkeiten und Ausführung existieren.
4. Zusätzlich ins Budget 2024 aufgenommen werden sollen:
  - a. ~ 30 TEUR für die Realisierung der Umbaumaßnahmen für die 30er-Beschränkung im Ortsgebiet.
  - b. ~35 TEUR für die Sanierung der Altstoffsammelstelle
  - c. 1 MIO € für den Ankauf von Grundstücksflächen (5.000 m<sup>2</sup>) für den Pflegestützpunkt.  
Dies ist ein Durchlaufposten, da die Refinanzierung durch das Land Burgenland erfolgt.
5. Finanzierung:  
Wir haben einen Zinsertrag für unsere Einlagen – in Höhe von ~ 2,6 Mio. € - von 2 TEUR. Im Gegenzug verbuchen wir einen Zinsaufwand von € 48.700,00 für die laufenden Finanzschulden. Nachdem kein Kredit endfällig ist, sondern jederzeit zurückgezahlt werden kann, schlagen wir vor, die Kredite mit variablem Zinssatz, im Rahmen der Haushaltsplanung, vorzeitig zurückzuzahlen.
6. Für die Refinanzierung der Grundstücksankäufe und der restlichen Investitionen, ist im Budget der Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücke in der Feriensiedlung mit einem Betrag von ~ 800 TEUR (~ 4.000 m<sup>2</sup> á ~ 200,00) einzupreisen.
7. Der mfp – Mittelfristige Finanzplan – ist entsprechend der o.a. Vorgaben abzuändern.

Mit freundlichen Grüßen"

Für den Antrag stimmen: Klaus Fuhrmann (ULW), Bernhard Schütz (ULW), Ing. Maximilian Mairhofer (ULW)

Gegen den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Franz Schütz (SPÖ), Peter Brunner (SPÖ), Harald Gross-Redmann (SPÖ), Manfred Himmler (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ), Christian Leopold (SPÖ), Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP), Michael Guttmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), DI Franz Szecsenyi (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP), Gerhard Achs (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP), DI Franz Wohlfart (ÖVP), Georg Siffert (ÖVP)

Daher wird der Abänderungsantrag **abgelehnt**.

Daraufhin stellt der Vorsitzende (SPÖ) den Antrag, den Voranschlag 2024 in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Weiters beantragt der Vorsitzende:

- a) Die Hebesätze für Gebühren und Abgaben sowie die Entgelte für das Haushaltsjahr 2024 unverändert zu belassen

- b) die Höhe des Kassenkredites mit € 218.018,50
- c) keine Darlehensaufnahme 2024
- d) den vorliegenden Stellenplan
- e) den mittelfristigen Finanzplan für 2024 bis 2028
- f) die einseitige und gegenseitige Deckungsfähigkeit

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Franz Schütz (SPÖ), Peter Brunner (SPÖ), Harald Gross-Redmann (SPÖ), Manfred Himmler (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ), Christian Leopold (SPÖ), Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP), Michael Guttmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), DI Franz Szecsenyi (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP), Gerhard Achs (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP), DI Franz Wohlfart (ÖVP), Georg Siffert (ÖVP)

Gegen den Antrag stimmen: Klaus Fuhrmann (ULW), Bernhard Schütz (ULW), Ing. Maximilian Mairhofer (ULW)

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich, den Voranschlag für das Finanzjahr 2024 samt den erforderlichen Bestandteilen, die einen wesentlichen Teil dieses Beschlusses bilden, zu genehmigen.

Das Nettoergebnis – **Saldo 0** – des Ergebnishaushaltes ist mit **€ -977.400,00** ausgewiesen. Dazu wird festgestellt, dass in diesem Betrag die AfA (nicht finanzierungswirksamer Sachaufwand) mit € 1.441.200,00 enthalten ist.

Der **Saldo 5** – Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung – im Finanzierungsvoranschlag weist einen Betrag von **€ -1.985.500,00** aus. Dazu wird auf die liquiden Mittel mit Stand 30.09.2023 in der Höhe von € 2.829.269,92 verwiesen.

Die ausgewiesenen Summen Saldo 0 und Saldo 5 werden genehmigt.

- a) Die Hebesätze für Gebühren und Abgaben, sowie die Entgelte für das Haushaltsjahr 2024 bleiben unverändert.
- b) Der Kassenkredit für das Finanzjahr 2024, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben der ordentlichen Gebarung in Anspruch genommen werden darf, wird mit € 218.018,50 festgesetzt. Der Kassenkredit ist spätestens mit Ende des Finanzjahres zurückzuzahlen.
- c) Im Finanzjahr 2024 ist keine Darlehensaufnahme vorgesehen.
- d) Der Stellenplan für das Finanzjahr 2024 wird laut dem vorliegenden Entwurf festgesetzt.
- e) Der mittelfristige Finanzplan für die Jahre 2024 bis 2028 wird genehmigt.
- f) Gemäß § 20 Abs. 4 GHO 2020 beschließt der Gemeinderat, dass Ersparungen bei einem Ansatz zum Ausgleich von Mehrerfordernissen bei einem anderen Ansatz herangezogen werden dürfen (einseitige und gegenseitige Deckungsfähigkeit).

#### **TOP 4. Zahl 110/2023 – Starebekämpfungskosten 2023, Verordnung**

Der Vorsitzende (SPÖ) bringt dem Gemeinderat die Starebekämpfungskosten 2023 zur Kenntnis. Demnach belaufen sich die Gesamtkosten für das Gemeindegebiet von Weiden am See auf € 12.184,00 (vernetzte und nicht vernetzte Fläche angegeben). Daraus

errechnet sich ein Betrag von € 41,85 je Hektar ungeschützter ertragsfähiger Weingartenfläche und € 31,39 je Hektar geschützter ertragsfähiger Weingartenfläche. Aufgrund der bestehenden Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 20.06.2023 hat der Gemeinderat die Kosten auf die ertragsfähige Weingartenfläche umzulegen und den einzelnen Bewirtschaftern vorzuschreiben.

Der Bürgermeister (SPÖ) stellt den Antrag, die vorgelegte Abrechnung zur Kenntnis zu nehmen und eine Verordnung über die Einhebung von Kosten in der Höhe von € 41,85 je Hektar ungeschützter ertragsfähiger Weingartenfläche und € 31,39 je Hektar geschützter ertragsfähiger Weingartenfläche für die gemeinsamen Bekämpfungsmaßnahmen gegen Stare im Jahre 2023 zu erlassen.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, die Einhebung von Kosten für die gemeinsamen Bekämpfungsmaßnahmen gegen Stare im Jahre 2023.

Der Text dieser Verordnung bildet einen wesentlichen Bestandteil dieser Niederschrift.

#### **TOP 5. Zahl 111/2023 – Netz Burgenland, Dienstbarkeitsvertrag Gst.Nr. 1941/1, 1943**

Der Vorsitzende (SPÖ) teilt mit, dass seitens der Netz Burgenland GmbH ein Dienstbarkeitsvertrag vorgelegt wurde. Dabei handelt es sich um die Gashochdruckleitung, die für den Bau des neuen Mischwasserüberlaufbeckens verlegt wurde.

Nach kurzen Erläuterungen stellt der Vorsitzende (SPÖ) den Antrag, den vorliegenden Dienstbarkeitsvertrag zu genehmigen.

Dem Antrag wird von allen zugestimmt.

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, den zwischen der Gemeinde Weiden am See und der Netz Burgenland GmbH abzuschließenden Dienstbarkeitsvertrag für die Verlegung der Gashochdruckleitung, antragsgemäß zu genehmigen.

Der Dienstbarkeitsvertrag bildet einen wesentlichen Bestandteil dieser Niederschrift.

#### **TOP 6. Zahl 112/2023 – Aufhebung Verordnung Tempo 30 im Ortsgebiet, falsche Zuständigkeit**

Bürgermeister Hareter (SPÖ) erklärt, dass die BH Neusiedl am See bei der Verordnungsprüfung festgestellt hat, dass für Angelegenheiten der örtlichen Straßenpolizei nicht der Gemeinderat, sondern der Bürgermeister zuständig ist. Diese Zuständigkeit ergibt sich aus einer Verordnung des Gemeinderats vom 13.12.1993, in der der Gemeinderat die Angelegenheiten der örtlichen Straßenpolizei an den Bürgermeister übertragen hat.

Es ist daher die Verordnung des Gemeinderats vom 26.09.2023, Zl. 37/5-2023, betreffend Tempo 30 im Ortsgebiet aufzuheben und vom Bürgermeister neu zu verordnen.

Bernhard Schütz (ULW) fordert, dass der Grund für die Aufhebung der Verordnung im Verordnungstext aufscheint. Es wird erklärt, dass der vorliegende Verordnungstext von der BH vorgeprüft wurde und daher in dieser Form beschlossen werden soll.

Der Vorsitzende (SPÖ) stellt den Antrag, die Verordnung des Gemeinderats vom 26.09.2023,

Zl. 37/5-2023, betreffend Tempo 30 im Ortsgebiet, aufzuheben.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Franz Schütz (SPÖ), Peter Brunner (SPÖ), Harald Gross-Redmann (SPÖ), Manfred Himmler (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ), Christian Leopold (SPÖ), Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP), Michael Guttmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), DI Franz Szecsenyi (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP), Gerhard Achs (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP), DI Franz Wohlfart (ÖVP), Georg Siffert (ÖVP), Klaus Fuhrmann (ULW), Ing. Maximilian Mairhofer (ULW)

Gegen den Antrag stimmen: Bernhard Schütz (ULW)

### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **mehrheitlich** nachstehende:

### V E R O R D N U N G

des Gemeinderates der Gemeinde Weiden am See vom 21. Dezember 2023, Zl. 37/6-2023, über die Aufhebung der Verordnung des Gemeinderates der Gemeinde Weiden am See vom 26. September 2023, Zl. 37/5-2023, betreffend Tempo 30 im Ortsgebiet ausgenommen entlang der B 51 Neusiedler Straße und L 310 Seefahrt Weiden.

#### § 1

Die Verordnung des Gemeinderates der Gemeinde Weiden am See vom 26. September 2023, Zl. 37/5-2023, auf allen Gemeindestraßen im Ortsgebiet der Marktgemeinde Weiden am See, ausgenommen entlang der B 51 Neusiedler Straße und L 310 Seefahrt Weiden, die zulässige Höchstgeschwindigkeit mit 30 km/h festzulegen, wird aufgehoben.

#### **TOP 7. Zahl 113/2023 – Rahmenwerkvertrag mit Dr. Herbert Cerny inkl. Vertretungsärzte**

a) Der Bürgermeister (SPÖ) erklärt, dass Dr. Herbert Cerny am 01.12.2023 seinen Ruhestand als Sanitätskreisarzt angetreten hat, er allerdings weiterhin als Gemeindefeuerwehr tätig sein wird. Aus diesem Grund muss ein Rahmenwerkvertrag abgeschlossen werden, in welchem sämtliche Tätigkeiten, die der Gemeindefeuerwehr zu erfüllen hat, geregelt sind. Die Verrechnung dieser Tätigkeit ist darin ebenfalls geregelt. Dieser Rahmenwerkvertrag beginnt rückwirkend mit 01.12.2023 und wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.

Nach kurzer Erläuterung schlägt der Bürgermeister (SPÖ) vor, den vorliegenden Rahmenwerkvertrag mit Dr. Herbert Cerny zu beschließen.

Bernhard Schütz (ULW) stellt den Abänderungsantrag, dass der Rahmenvertrag in Punkt VI. von „vorzuschlagen“ auf „verpflichtet“ geändert und in Punkt VII. wie folgt umformuliert werden soll: „Der Arzt ist verpflichtet einen Wochentagsnacht-Bereitschaftsdienst zu stellen.“

Für den Antrag stimmen: Klaus Fuhrmann (ULW), Bernhard Schütz (ULW), Ing. Maximilian Mairhofer (ULW)

Gegen den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Franz Schütz (SPÖ), Peter Brunner (SPÖ), Harald Gross-Redmann (SPÖ), Manfred Himmler (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ), Christian Leopold (SPÖ), Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP), Michael Guttmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), DI Franz Szecsenyi (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP),

Gerhard Achs (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP), DI Franz Wohlfart (ÖVP), Georg Siffert (ÖVP)

Somit ist der Antrag **abgelehnt**.

Der Bürgermeister (SPÖ) stellt den Antrag, den vorliegenden Rahmenwerkvertrag mit Dr. Herbert Cerny zu beschließen.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Franz Schütz (SPÖ), Peter Brunner (SPÖ), Harald Gross-Redmann (SPÖ), Manfred Himmler (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ), Christian Leopold (SPÖ), Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP), Michael Guttmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), DI Franz Szecsenyi (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP), Gerhard Achs (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP), DI Franz Wohlfart (ÖVP), Georg Siffert (ÖVP)

Gegen den Antrag stimmen: Klaus Fuhrmann (ULW), Bernhard Schütz (ULW), Ing. Maximilian Mairhofer (ULW)

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **mit 17 Stimmen gegen 3 Stimmen** den vorliegenden Rahmenwerkvertrag mit Dr. Herbert Cerny, Obere Hauptstraße 24, 7121 Weiden am See. Der Vertrag bildet einen wesentlichen Bestandteil der Niederschrift.

**b)** Gleichzeitig soll mit den Ärzten Dr. Richard Cerny und Dr. Günther Habetler ebenfalls Rahmenwerkverträge, im Falle der Abwesenheit von Dr. Herbert Cerny, abgeschlossen werden. Für diese beiden Ärzte werden die Verträge nur für die Tätigkeit als Totenbeschauer abgeschlossen.

Der Bürgermeister (SPÖ) stellt den Antrag, die vorliegenden Rahmenwerkverträge mit Dr. Richard Cerny und Dr. Günther Habetler zu beschließen.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig** die vorliegenden Rahmenwerkverträge für die Tätigkeit als Totenbeschauer mit Dr. Richard Cerny, Unterer Kirchberg 15, 7100 Neusiedl am See, und Dr. Günther Habetler, Obere Quergasse 8, 7122 Gols. Die Verträge bilden einen wesentlichen Bestandteil der Niederschrift.

#### **TOP 8. Zahl 114/2023 – Grundkauf, landwirtschaftliche Hallen**

Der Vorsitzende (SPÖ) berichtet vom Ansuchen von Thomas Sattler zum Erwerb des Grundstückes Nr. 4779/152 im Ausmaß von 1006 m<sup>2</sup> im Bereich der landwirtschaftlichen Hallen. Das Grundstück wurde ursprünglich von Dominik Fuhrmann gekauft, dieser möchte, das Grundstück allerdings zurückgeben, da die grundbücherliche Durchführung aufgrund fehlender Servitutsvereinbarungen noch immer nicht abgeschlossen werden konnte. Durch den Verkauf des Grundstückes an Thomas Sattler, der eine sehr große Weingartenfläche in Weiden am See bewirtschaftet, können auch die Servitutsvereinbarungen und die grundbücherliche Durchführung abgeschlossen werden.

Er schlägt vor, dem Ansuchen zuzustimmen und die Fläche um den Verkaufspreis von € 30,00/m<sup>2</sup> an Thomas Sattler zu verkaufen.  
Dem Ansuchen wird von allen zugestimmt.

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, das Grundstück Nr. 4779/152 im Ausmaß von 1006 m<sup>2</sup> zum Verkaufspreis von € 30,00/m<sup>2</sup> an Thomas Sattler, Untere Hauptstraße 166, 7100 Neusiedl am See, zu verkaufen.

#### **TOP 9. Zahl 115/2023 – Servitutsvertrag landwirtschaftliche Hallen**

Der Vorsitzende (SPÖ) erinnert an die letzte Sitzung, bei der dieses Thema bereits erklärt und besprochen wurde. Der Vertrag wurde nun vom Notar Mag. Thomas Holler gemäß den Wünschen des Gemeinderats dahingehend geändert, dass alle Grundeigentümer, d.h. die Eigentümer der bestehenden Grundstücke sowie der neu gebildeten Grundstücke, die gleichen Rechte/Servitute haben. Der geänderte Vertragsentwurf wurde den Fraktionen übermittelt.

Außerdem wurde der geänderte Servitutsvertrag mit allen Eigentümern besprochen, wobei die Eigentümer einer Vertragsunterzeichnung zugestimmt haben.

Auf Nachfrage von Christian Wandler (ÖVP) bestätigt der Bürgermeister (SPÖ), dass die Eigentümer der bestehenden Hallen nicht für die Kosten des Servitutsvertrags aufkommen müssen.

Nach ausführlicher Besprechung stellt der Bürgermeister (SPÖ) den Antrag, dem vorliegenden Servitutsvertrag zuzustimmen. Vor Vertragsunterzeichnung ist Dominik Fuhrmann noch durch Thomas Sattler zu ersetzen.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, den vorliegenden Servitutsvertrag zuzustimmen. Vor Vertragsunterzeichnung ist Dominik Fuhrmann noch durch Thomas Sattler zu ersetzen.

#### **TOP 10. Zahl 116/2023 – Vergabe Ingenieurleistungen Mischwasserüberlaufbecken**

Für das Projekt Mischwasserüberlaufbecken – Anpassung an den Stand der Technik - sind die Ingenieurleistungen zu vergeben. Die Leistungen umfassen gemäß Leistungsverzeichnis die Ausführungsplanung, die Ausschreibung und Mitwirkung bei der Vergabe, die örtliche Bauaufsicht, Projektabschluss und Dokumentation sowie Nebenkosten.

Die Preisanfragen wurden an drei Firmen versandt. Der Billigstbieter ist die Firma B&K ZT GmbH mit einer Brutto-Angebotssumme von € 105.275,15. Außerdem hat diese Firma das Projekt bis jetzt betreut und daher ist es sinnvoll, auch weiterhin mit B&K ZT GmbH zusammenzuarbeiten.

Ing. Maximilian Mairhofer fragt an, ob mit den Firmen nochmal nachverhandelt wurde. Nachdem der Bürgermeister dies verneint, verlangt Mairhofer, dass bei zukünftigen Projekten nach der Abgabe der Angebote nochmal nachverhandelt werden soll.

Der Vorsitzende (SPÖ) stellt abschließend den Antrag, die Ingenieurleistungen, für die Anpassung der Mischwasserbehandlung an den Stand der Technik, an die Firma B&K ZT

GmbH, Ruster Straße 77/8, 7000 Eisenstadt, mit einer Brutto-Angebotssumme von € 105.275,15 zu vergeben.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Franz Schütz (SPÖ), Peter Brunner (SPÖ), Harald Gross-Redmann (SPÖ), Manfred Himmler (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ), Christian Leopold (SPÖ), Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP), Michael Guttmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), DI Franz Szecsenyi (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP), Gerhard Achs (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP), DI Franz Wohlfart (ÖVP), Georg Siffert (ÖVP), Ing. Maximilian Mairhofer (ULW)

Gegen den Antrag stimmen: Bernhard Schütz (ULW)

Stimmenthaltung: Klaus Fuhrmann (ULW)

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **mit 18 Stimmen gegen 2 Stimmen**, die Ingenieurleistungen, für die Anpassung der MW-Behandlung an den Stand der Technik, an die Firma B&K ZT GmbH, Ruster Straße 77/8, 7000 Eisenstadt, mit einer Brutto-Angebotssumme von € 105.275,15 zu vergeben.

### **TOP 11. Zahl 117/2023 – Verordnung für Baulandfreigabe (§ 45 Abs. 2 Bgld. RPG), Obere Hauptstraße 42**

Der Vorsitzende (SPÖ) berichtet, dass eine bereits bebaute Teilfläche (Einfriedung) des Grundstückes Nr. 2362/4 im Flächenwidmungsplan als Aufschließungsgebiet Dorfgebiet ausgewiesen ist. Die Erschließung des Grundstückes ist mittels Servitutsvertrag geregelt und es bestehen keine Mängel in der Grundstückstruktur.

Nach Rücksprache mit der Aufsichtsbehörde wurde eine Bereinigung der Flächenwidmung mittels Verordnung gem. § 45 Abs. 2 Bgld. RPG 2019 empfohlen.

Daraufhin stellt er den Antrag, eine Verordnung für die Baulandfreigabe für das Grundstück Nr. 2362/4 zu erlassen.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, die Verordnung über die widmungsgemäße Verwendung des Aufschließungsgebietes Dorfgebiet im Bereich des Grundstückes Nr. 2362/4, Obere Hauptstraße 42, zu genehmigen. Der Text der Verordnung bildet einen wesentlichen Bestandteil dieser Verhandlungsschrift.

### **TOP 12. Zahl 118/2023 – „ARGE Wagram“ - Beitritt**

Der Bürgermeister (SPÖ) berichtet von der Besprechung bezüglich Gründung einer ortsbürgereichen „ARGE Wagram“. Zweck dieser Arbeitsgemeinschaft (kurz ARGE) ist es, Projekte zu entwickeln, zur LEADER-Förderung einzureichen, in der Umsetzung zu begleiten und in weiterer Folge auch zu realisieren. Ein Beispiel für ein Projekt wäre ein Weinwanderweg.

Zur Gründung der ARGE ist von jeder Gemeinde einmalig ein Beitrag von € 8.000,00 zu leisten.

Bernhard Schütz (ULW) stellt die Frage, ob es konkrete Ideen für Projekte gibt, die umgesetzt

werden sollen. Als Beispiel nennt der Bürgermeister (SPÖ) einen Weinwanderweg, weitere Projekte können noch überlegt werden.

Nach kurzer Besprechung stellt der Vorsitzende (SPÖ) den Antrag, den Beitritt zur „ARGE Wagram“ zu beschließen.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Franz Schütz (SPÖ), Peter Brunner (SPÖ), Harald Gross-Redmann (SPÖ), Manfred Himmler (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ), Christian Leopold (SPÖ), Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP), Michael Guttmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), DI Franz Szecsenyi (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP), Gerhard Achs (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP), DI Franz Wohlfart (ÖVP), Georg Siffert (ÖVP), Klaus Fuhrmann (ULW), Ing. Maximilian Mairhofer (ULW)

Gegen den Antrag stimmt: Bernhard Schütz (ULW)

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **mehrheitlich** den Beitritt zur „ARGE Wagram“.

Begründet wird die Gegenstimme von Bernhard Schütz (ULW) damit, dass keine konkreten Projekte genannt wurden.

Ing. Maximilian Mairhofer bittet um eine kurze Unterbrechung (von 21:42 Uhr bis 21:50 Uhr).

#### **TOP 13. Zahl 119/2023 – Segel- und Surfschule, Entscheidung über Bewerber**

Nachdem die jetzigen Pächter der Segel- und Surfschule ihren Vertrag gekündigt haben, wurde die Verpachtung der Bootsvermietung und der Segel- und Surfschule neu ausgeschrieben. Aufgrund dieser Ausschreibung sind drei Bewerbungen eingelangt, woraufhin alle Bewerber eingeladen wurden, um ihre Konzepte zu präsentieren. Bei der Konzeptpräsentation waren Vertreter jeder Fraktion anwesend.

Aus der Sicht von Bernhard Schütz (ULW) handelt es sich nicht um Bewerbungen, sondern um Absichtserklärungen, wobei nicht auf die Ausschreibung eingegangen wird. Außerdem will er wissen, ob die Bewerber den Anforderungen laut der Ausschreibung zustimmen.

Der Vorsitzende (SPÖ) erklärt, dass der Gemeinderat einen Bewerber bestimmen soll, um mit diesem zu verhandeln und einen Vertrag zu vereinbaren.

Nach eingehender Diskussion über die Interessenten und deren Konzepte stellt der Vorsitzende (SPÖ) den Antrag, die Verpachtung der Bootsvermietung und der Segel- und Surfschule mit der Firma boats2sail in die Wege zu leiten.

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, die Verpachtung der Bootsvermietung und der Segel- und Surfschule mit der Firma boats2sail in die Wege zu leiten.

#### **TOP 14. Zahl 120/2023 – Ansuchen Miete Geschäftslokal EG Raiffeisenplatz 11 (rechts) – Christian Karner**

Der Bürgermeister (SPÖ) informiert, dass Erwin Schaier, der jetzige Mieter der Räumlichkeiten im Erd- und Obergeschoß vom Objekt Raiffeisenplatz 11, beabsichtigt, Anfang nächsten

Jahres in Pension zu gehen. Der Tischler Christian Karner arbeitet bereits seit über 15 Jahren mit Erwin Schaier zusammen und hat Interesse an der Übernahme des Geschäftslokals im Erdgeschoss mit einer Gesamtfläche von 81,37 m<sup>2</sup>.

Ein angemessener Preis für die Räumlichkeiten wird ausführlich besprochen. Der Gemeinderat einigt sich auf einen Mietpreis von monatlich € 10,00 pro m<sup>2</sup> exkl. Steuer.

Der Bürgermeister (SPÖ) stellt den Antrag, die Räumlichkeiten im Erdgeschoss des Objekts Raiffeisenplatz 11, mit einer Fläche von 81,37 m<sup>2</sup>, an Christian Karner, Franz-Lisztgasse 1, 7123 Mönchhof, zu vermieten. Als Mietzins wird monatlich € 813,70 netto, indexgebunden, vorgeschlagen. Der Mietvertrag soll auf unbestimmte Zeit abgeschlossen werden, mit einer beiderseitigen Kündigungsfrist von sechs Monaten. Im Mietvertrag soll ebenfalls geregelt werden, dass nach Ende des Mietverhältnisses keine Ablöse für eventuelle Investitionen verlangt werden kann.

Dem Antrag des Vorsitzenden wird von allen zugestimmt.

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, die Räumlichkeiten im Erdgeschoss des Objekts Raiffeisenplatz 11, mit einer Fläche von 81,37 m<sup>2</sup>, an Christian Karner, Franz-Lisztgasse 1, 7123 Mönchhof, zu vermieten. Als Mietzins wird monatlich € 813,70 netto, indexgebunden, festgelegt. Der Mietvertrag soll auf unbestimmte Zeit abgeschlossen werden, mit einer beiderseitigen Kündigungsfrist von sechs Monaten. Im Mietvertrag wird geregelt, dass nach Ende des Mietverhältnisses keine Ablöse für eventuelle Investitionen verlangt werden kann.

#### **TOP 15. Zahl 121/2023 – Ansuchen Miete Geschäftslokal OG Raiffeisenplatz 11 (rechts) – Max Matissek**

Bezugnehmend auf den vorangegangenen Tagesordnungspunkt erklärt der Bürgermeister (SPÖ), dass Max Matissek angesucht hat, die Räumlichkeiten im Obergeschoss über dem Geschäftslokal von Erwin Schaier zu mieten. Die unisolierten Räumlichkeiten mit einer Gesamtfläche von 99,97 m<sup>2</sup> sollen hauptsächlich als Lager für Surfequipment genutzt werden.

Nach kurzer Beratung einigt sich der Gemeinderat auf einen Mietpreis von monatlich € 7,00 pro m<sup>2</sup> exkl. Steuer, da sich eine WC-Anlage darin befindet.

Der Bürgermeister (SPÖ) stellt den Antrag, die Räumlichkeiten im Erdgeschoss des Objekts Raiffeisenplatz 11, mit einer Fläche von 99,97 m<sup>2</sup>, an Max Matissek, Zeislberg 2/3/5, 7121 Weiden am See, zu vermieten. Als Mietzins wird monatlich € 699,79 netto, indexgebunden, vorgeschlagen. Der Mietvertrag soll auf unbestimmte Zeit abgeschlossen werden, mit einer beiderseitigen Kündigungsfrist von sechs Monaten. Im Mietvertrag soll ebenfalls geregelt werden, dass nach Ende des Mietverhältnisses keine Ablöse für eventuelle Investitionen verlangt werden kann.

Dem Antrag des Vorsitzenden wird von allen zugestimmt.

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, die Räumlichkeiten im Obergeschoss des Objekts Raiffeisenplatz 11, mit einer Fläche von 99,97 m<sup>2</sup>, an Max Matissek, Zeislberg 2/3/5, 7121

Weiden am See, unbefristet zu vermieten. Als Mietzins wird monatlich € 699,79 netto, indexgebunden, festgelegt. Der Mietvertrag soll auf unbestimmte Zeit abgeschlossen werden, mit einer beiderseitigen Kündigungsfrist von sechs Monaten. Im Mietvertrag wird geregelt, dass nach Ende des Mietverhältnisses keine Ablöse für eventuelle Investitionen verlangt werden kann.

#### **TOP 16. Zahl 122/2023 – Auslagerung der Abfertigungsansprüche, GRAWE**

Harald Gross-Redman (SPÖ) schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen, einen Ausschuss mit der Behandlung dieses Themas zu beauftragen und erst anschließend in einer Gemeinderatssitzung zu behandeln, da es sich um einen langfristigen Vertrag und eine hohe Summe handelt.

Diesem Vorschlag stimmen alle Parteien zu.

Der Vorsitzende (SPÖ) stellt den Antrag diesen Punkt zu vertagen und darüber in einer Gemeinderatssitzung im Jahr 2024 zu entscheiden.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen und über die Auslagerung der Abfertigungsansprüche bei der GRAWE in einer Gemeinderatssitzung im Jahr 2024 zu entscheiden.

#### **TOP 17. Zahl 123/2023 – Bedarfserhebung- und Entwicklungskonzept gem. § 5 Bgld. KBBG 2009**

Der Vorsitzende (SPÖ) informiert, dass das Bedarfserhebungs- und Entwicklungskonzept gem. § 5 Bgld. KBBG 2009 der Abteilung 7 des Amts der Bgld. Landesregierung fristgerecht übermittelt wurde.

Bernhard Schütz (ULW) kritisiert, dass das Bedarfserhebungs- und Entwicklungskonzept bereits mit 13.02.2023 datiert ist, aber den Gemeinderäten erst vor kurzem nach der dritten Anfrage durch die ULW übermittelt wurde.

Der Bürgermeister (SPÖ) erklärt, dass er irrtümlicherweise vergessen hat es an die Gemeinderäte weiterzuleiten.

Klaus Fuhrmann (ULW) ist aufgrund des Bedarfserhebungs- und Entwicklungskonzepts der Meinung, dass keine Notwendigkeit besteht den Kindergarten zu vergrößern.

Franz Schütz (SPÖ) bittet darum im Protokoll festzuhalten, dass man sich auf die Kinder konzentrieren müsse und aufgrund der provisorischen Gruppe im Bewegungsraum seit mehreren Jahren kein Bewegungsraum für die Kinder zur Verfügung steht.

Ing. Maximilian Mairhofer (ULW) stellt klar, dass die ULW nicht gegen einen Zubau beim Kindergarten ist, aber für eine ordentliche Planung plädiert.

#### **TOP 18. Zahl 124/2023 – Kindergarten – Errichtung eines Gruppenraums**

##### **a) Grundsatzbeschluss Zubau und Auftragsvergabe**

Im Kindergarten ist weiterhin die Schaffung eines Gruppenraumes notwendig. Der zusätzliche Raum soll in Form eines Containerbaus geschaffen werden.

DI Kandelsdorfer hat schon den Kindergarten-Zubau im Jahr 2011 begleitet und soll aus diesem Grund auch den Zubau des Gruppenraums führen.

Laut Kostenschätzung (17.10.2023) von DI Kandelsdorfer sollen sich die Kosten für den Zubau in Form eines Containers auf € 280.601,00 netto belaufen. Die Finanzierung erfolgt durch Eigenmittel.

Bernhard Schütz (ULW) möchte zu Protokoll geben: „Bei der Angebotseinhaltung für die Ingenieurleistung des Zubaus beim Kindergarten wurde der Beschluss des Gemeinderates, drei Angebote einzuholen, nicht befolgt. Die vier Weidener Architekten und Ziviltechniker wurden nicht um Angebotslegung ersucht.“

Der Bürgermeister (SPÖ) erklärt, dass die Firma Kandelsdorfer für den letzten Zubau zuständig war, daher bereits die Gegebenheiten sowie das Gebäude kennt und deswegen wieder beauftragt werden soll.

Nach eingehender Debatte stellt der Vorsitzende (SPÖ) den Antrag, den Grundsatzbeschluss über den Zubau eines Gruppenraumes in Form eines Containers und gleichzeitig die Auftragsvergabe an DI Kandelsdorfer zu beschließen.

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, den Grundsatzbeschluss über den Zubau eines Gruppenraumes in Form eines Containers und gleichzeitig die Auftragsvergabe an DI Kandelsdorfer mit einer Anbotssumme in der Höhe von € 280.601,00 netto.

#### **b) Aufnahme in das Kindergarten- bzw. Kinderkrippenbauprogramm**

Hierbei handelt es sich um ein Programm der Landesregierung, wobei der Bau von Kindergärten und Kinderkrippen gefördert wird. Es gibt dazu Richtlinien.

Der Bürgermeister (SPÖ) stellt den Antrag, auf Grundlage der derzeit geltenden Richtlinien um Aufnahme in das Kindergarten- bzw. Kinderkrippenbauprogramm anzusuchen. Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig** um Aufnahme in das Kindergarten- bzw. Kinderkrippenbauprogramm anzusuchen.

#### **c) Verpflichtungserklärung betreffend Zweckzuschuss vom Land Burgenland**

Zur Auslösung des Zweckzuschusses des Landes Burgenland ist ein Beschluss des Gemeinderates erforderlich. Der Wortlaut der Verpflichtungserklärung wurde vom Land Burgenland vorgegeben.

Auf Antrag des Vorsitzenden (SPÖ) wird **einstimmig** folgender Beschluss gefasst:

„Die Marktgemeinde Weiden am See verpflichtet sich, dass im Rahmen des Bauprogrammes "Bauprogramm für Kinderkrippen, Kindergärten, alterserweiterte Kindergärten, Horte und heilpädagogische Kindergarten- oder Hortgruppen" geförderte Bauvorhaben öffentlicher Kindergarten für die Dauer von mindestens 10 Jahren ab dem Zeitpunkt der vollständigen Gewährung des Zweckzuschusses (§ 31 Burgenländisches

Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz 2009 - Bgld. KBBG 2009 i.d.g.F.) durch das Land Burgenland zu führen.

Im Falle der Nichteinhaltung dieser Zusage verpflichtet sich die Marktgemeinde Weiden am See auf Verlangen des Landes Burgenland zur Rückerstattung des gewährten Zweckzuschusses.“

#### **TOP 19. Zahl 125/2023 – Vergabe Kindergarten**

Der Vorsitzende (SPÖ) erklärt, dass das Büro Kandelsdorfer bereits die Ausschreibung der Gewerke durchgeführt hat.

Die ausgearbeiteten Angebotsprüfungen inkl. Preisspiegel und Vergabevorschlag wurden den Fraktionen übermittelt. Über die Vergabe der Gewerke soll einzeln abgestimmt werden.

##### **a) Baumeister**

Bernhard Schütz (ULW) ist der Meinung, dass die Anhebung des Geländes nicht notwendig ist. Es soll beim Büro Kandelsdorfer nachgefragt werden, ob diese Anhebung technisch wirklich notwendig ist.

Der Vorsitzende (SPÖ) stellt den Antrag, die Baumeisterarbeiten an die Fa. Gebr. Sattler Bau GmbH, Obere Hauptstraße 180, 7122 Gols zum Angebotspreis von € 36.077,32 netto zu vergeben.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

##### **Beschluss**

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, die Baumeisterarbeiten an die Fa. Gebr. Sattler Bau GmbH, Obere Hauptstraße 180, 7122 Gols, zum Angebotspreis von € 36.077,32 netto zu vergeben.

##### **b) Container**

Bestbieter ist die Fa. Algeco Austria GmbH mit dem Alternativangebot zum Angebotspreis von € 94.917,85 netto. Bei diesem Angebot entfällt das Sekundärdach, weil die Container die geforderten U-Werte erfüllen. Nach dem klärenden Gespräch mit der Firma hat sich der Angebotspreis erhöht, um die geforderte Parapethöhe der Fenster im Gruppenraum einzuhalten. Trotz dieser Erhöhung bleibt die Firma Algeco Austria GmbH der Bestbieter.

Der Vorsitzende (SPÖ) stellt den Antrag, die Lieferung und Montage der Container an die Fa. Algeco Austria GmbH, Steinfeldgasse 2, 2721 Bad Fischau, zum Angebotspreis von € 94.917,85 netto zu vergeben.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

##### **Beschluss**

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, die Lieferung und Montage der Container an die Fa. Algeco Austria GmbH, Steinfeldgasse 2, 2721 Bad Fischau, zum Angebotspreis von € 94.917,85 netto zu vergeben.

##### **c) Zimmermann**

Der Vorsitzende (SPÖ) stellt den Antrag, die Zimmermannarbeiten an die Fa. Kast, Holzweg 1, 7122 Gols, zum Angebotspreis von € 22.394,29 netto zu vergeben.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, die Zimmermannarbeiten an die Fa. Kast, Holzweg 1, 7122 Gols, zum Angebotspreis von € 22.394,29 netto zu vergeben.

#### d) Spengler/Schwarzdecker

Mag. Manuel Kuni erklärt sich zu diesem Punkt befangen und nimmt weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.

Der Vorsitzende (SPÖ) stellt den Antrag, die Spengler- und Schwarzdeckerarbeiten an die Fa. Kuni, Hauptplatz 14, 2421 Kittsee, zum Angebotspreis von € 6.689,66 netto (Alternativangebot) zu vergeben.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, die Spengler- und Schwarzdeckerarbeiten an die Fa. Kuni, Hauptplatz 14, 2421 Kittsee, zum Angebotspreis von € 6.689,66 netto (Alternativangebot) zu vergeben.

#### e) Maler und Bodenleger

Es ist sinnvoll, die Maler- und Bodenlegerarbeiten gemeinsam zu vergeben, da die Fa. Pollreiss der einzige Anbieter für die Bodenlegerarbeiten war und auch ein Angebot für die Malerarbeiten abgegeben hat. Wenn die Fa. Pollreiss für beide angebotenen Gewerke beauftragt wird, wird für die Malerarbeiten eine Pauschalsumme von € 1.100,00 netto und für die Bodenlegerarbeiten eine Pauschalsumme von € 2.200,00 netto gewährt. Das macht die Fa. Pollreiss bei Doppelbeauftragung mit einer gesamten Angebotssumme von € 3.300,00 netto zum Bestbieter.

Der Vorsitzende (SPÖ) stellt den Antrag, die Maler- und Bodenlegerarbeiten an die Fa. Pollreiss, Hauptstraße 48, 7132 Frauenkirchen, zum Angebotspreis von insgesamt € 3.300,00 netto zu vergeben.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, die Maler- und Bodenlegerarbeiten an die Fa. Pollreiss, Hauptstraße 48, 7132 Frauenkirchen, zum Angebotspreis von insgesamt € 3.300,00 netto zu vergeben.

### **TOP 20. Zahl 126/2023 – Voranschlag 2023, Kenntnisnahme der Aufsichtsbehörde**

Der Vorsitzende (SPÖ) verliest das Schreiben der Abteilung 2, Amt der Bgld. Landesregierung vom 23.11.2023 betreffend Voranschlag 2023.

Der Voranschlag 2023 wurde von der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis genommen. Zusammenfassend wurde die finanzielle Situation der Gemeinde als stabil erachtet.

Der Bericht wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

## **TOP 21. Zahl 127/2023 – Klinik Gols Standort Kreisverkehr, Zustimmung**

Der Bürgermeister (SPÖ) stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der Realisierung des Projektes „Klinik Gols“ am vorgesehenen Standort „Kreisverkehr Gols“ zuzustimmen, im Wissen, dass eine adäquate und zeitgemäße Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung des Bezirkes Neusiedl am See notwendig ist.

Dazu möchte Klaus Fuhrmann (ULW) festhalten, dass die Optionsverträge mit den Grundeigentümern bereits fixiert wurden, daher sieht er keinen Grund für diesen Beschluss. Trotzdem spricht er sich für ein Spital in der Nähe von Weiden am See aus.

Ing. Maximilian Mairhofer (ULW) gibt zu Protokoll, dass der Beschluss hier nicht relevant ist, da der Gemeinderat Weiden am See nicht betroffen ist.

Christian Wandler stellt namens der ÖVP folgenden Abänderungsantrag:

„Im Bezirk Neusiedl am See besteht ein akuter Verbesserungsbedarf im Bereich der Gesundheitsversorgung. Die bestehenden medizinischen Einrichtungen sind oft überlastet, die Anfahrt ist für viele Bewohnerinnen und Bewohner sehr weit und die Wartezeiten sehr lange. Dies führt zu Verzögerungen in der Versorgung und kann in Notfällen lebensbedrohlich sein. Als ÖVP-Fraktion im Gemeinderat der Gemeinde Weiden am See stellen wir folgenden Abänderungsantrag:

### **1. Krankenhaus in Gols**

Der Bezirk Neusiedl am See benötigt dringend eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung. Um den steigenden medizinischen Bedarf der Bevölkerung effizient zu decken und die Anfahrtszeiten zu verkürzen, sprechen wir uns für ein neues Krankenhaus in der Gemeinde Gols aus. Das neue Krankenhaus muss den modernen Anforderungen an die Gesundheitsversorgung gerecht werden und ein breites Leistungsspektrum aufweisen.

### **2. Ausbau des Ärztezentrums Frauenkirchen**

Die Verbesserung der ärztlichen Versorgung im Bezirk Neusiedl am See ist von entscheidender Bedeutung. Bis das neue Krankenhaus in Gols fertiggestellt ist, bedarf es einer wohnortnahe Gesundheitsversorgung. Der Ausbau des Ärztezentrums in Frauenkirchen ist notwendig, um sicherzustellen, dass die Bevölkerung qualitativ hochwertige medizinische Versorgung in unmittelbarer Nähe erhält. Dies ist insbesondere für ältere Menschen und Menschen mit begrenzter Mobilität von großer Bedeutung. Die Öffnungszeiten müssen im Ärztezentrum Frauenkirchen auf sieben Tage die Woche und 24 Stunden am Tag erweitert werden.

### **3. Verbesserung der Gesundheitsversorgung:**

Die Gesundheit ist für unsere Bevölkerung das höchste Gut. Daher müssen Maßnahmen zur allgemeinen Verbesserung der Gesundheitsversorgung im Bezirk Neusiedl am See gesetzt werden. Die Gesundheitsversorgung muss wohnortnah sein und kurze Wartezeiten haben. Es muss für alle eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung gewährleistet werden.

Der Gemeinderat der Gemeinde Weide am See [soll] diesen Antrag [beschließen], um ein klares Bekenntnis für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung im Bezirk Neusiedl am See abzugeben.“

Für den Antrag stimmen: Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP), Michael Guttmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), DI Franz Szecsenyi (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP), Gerhard Achs (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP), DI Franz Wohlfart (ÖVP).

Georg Siffert (ÖVP)

Gegen den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Franz Schütz (SPÖ), Peter

Brunner (SPÖ), Manfred Himmller (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ), Christian Leopold (SPÖ)

Es enthalten sich der Stimme: Harald Gross-Redmann (SPÖ), Klaus Fuhrmann (ULW),

Bernhard Schütz (ULW), Ing. Maximilian Mairhofer (ULW)

Aufgrund von Stimmengleichheit gilt der Abänderungsantrag als **abgelehnt**.

Nachdem der Abänderungsantrag abgelehnt wurde, wird über den Hauptantrag des Vorsitzenden (SPÖ) abgestimmt.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Franz Schütz (SPÖ), Peter Brunner (SPÖ), Harald Gross-Redmann (SPÖ), Manfred Himmller (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ), Christian Leopold (SPÖ)

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP), Michael Guttmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), DI Franz Szecsenyi (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP), Gerhard Achs (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP), DI Franz Wohlfart (ÖVP), Georg Siffert (ÖVP), Bernhard Schütz (ULW), Ing. Maximilian Mairhofer (ULW)

Es enthält sich der Stimme: Klaus Fuhrmann (ULW)

Der Hauptantrag des Vorsitzenden (SPÖ) wird **mit 13 Stimmen gegen 7 Stimmen abgelehnt**.

Bernhard Schütz (ULW) erklärt, dass er nicht gegen die Errichtung eines Krankenhauses in Gols ist, sondern, gegen den geplanten Standort beim Kreisverkehr, da es sich um ein Natura 2000-Gebiet handelt.

#### **TOP 22. Zahl 128/2023 – Ansuchen auf Vergrößerung der Pachtfläche, Gst.Nr. 1944/2**

Der Vorsitzende (SPÖ) informiert vom Ansuchen von Birgit Sack um Vergrößerung der Pachtfläche des Grundstückes Nr. 1944/2 von 50 m<sup>2</sup> auf 120 m<sup>2</sup>. Birgit Sack hat dieses Jahr den Mietvertrag zwischen der Marktgemeinde Weiden am See und Heinrich Enz übernommen und möchte den Radverleih im kommenden Jahr verändern, wofür mehr Platz benötigt wird.

Der Vorsitzende (SPÖ) schlägt vor, dem Ansuchen zuzustimmen und die Fläche zum Preis von € 8,20 pro m<sup>2</sup> an Birgit Sack zu verpachten.

Franz Wohlfart (ÖVP) äußert Bedenken bezüglich der optischen Unattraktivität von Containern. Der Bürgermeister (SPÖ) erklärt, dass er dieses Thema bereits angesprochen hat und eine Verkleidung der Container zugesagt wurde.

Dem Antrag des Vorsitzenden (SPÖ), eine Teilfläche des Grundstückes Nr. 1944/2 im Ausmaß von 120 m<sup>2</sup> zum Preis von € 8,20 pro m<sup>2</sup>, indexangepasst, das sind € 984,00 pro Jahr, an Radverleih Birgit, Birgit Sack, Spotplatzgasse 4, 7121 Weiden am See, zu verpachten, wird von allen zugestimmt.

#### **Beschluss**

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, eine Teilfläche des Grundstückes Nr. 1944/2 im Ausmaß von 120 m<sup>2</sup> zum Preis von € 8,20 pro m<sup>2</sup>, indexangepasst, das sind € 984,00 pro Jahr, an Radverleih Birgit, Birgit Sack, Spotplatzgasse 4, 7121 Weiden am See, zu verpachten.

## **TOP 23. Zahl 129/2023 – Resolution Erhalt Welterbe NeusiedlerSee**

Den Fraktionen der Seegemeinden wurde die Resolution für den Erhalt des Welterbes Neusiedler See, geschrieben von Herbert Siegmund, übermittelt, mit dem Ersuchen, diese im Gemeinderat zu beschließen.

Da die ULW den Text der Resolution nicht bekommen hat verliest Christian Wandler (ÖVP) die folgende Resolution:

„Wir Menschen, die um den Neusiedler See leben sind in Sorge um die Zukunft des Sees. Vielleicht ist nur wenigen Menschen bewusst, wie knapp die Region Neusiedler See 2023 an einer Wirtschafts- und Naturkatastrophe vorbeigeschrammt ist.

Die ab Februar 2023 doch noch einsetzenden, sehr ergiebigen Niederschläge haben zwar das Schlimmste verhindert – doch auf derartig seltene Ereignisse kann und darf man sich in Zukunft nicht verlassen!

Welche massiven Auswirkungen eine vollständige Austrocknung des Neusiedler Sees in allen Lebensbereichen hätte, lassen die Überlieferungen aus der letzten Austrocknungsperiode ab dem Jahr 1865 nur erahnen.

Als natürlicher Lebensraum für hunderte Tier- und Pflanzenarten, Raum für zahlreiche Freizeitmöglichkeiten, zentraler Wirtschaftsmotor der gesamten Region, wichtiges Landschaftselement und Klima-Regulator erfüllt der Neusiedler See eine Fülle wichtiger Aufgaben.

**Letztendlich steht nichts Geringeres als die Lebensqualität der Menschen einer ganzen Region und der Fortbestand der Flora und Fauna eines unvergleichlichen Naturschutzgebietes auf dem Spiel!**

**Es könnte die allerletzte Austrocknung sein,** mit katastrophalen Konsequenzen für Menschen und Umwelt und die gesamte Region. **Der See könnte nie wiederkehren!**

Aus diesem Grund appelliert der Gemeinderat der Marktgemeinde Weiden am See einstimmig insbesondere an die Burgenländische Landesregierung, die Österreichische Bundesregierung, an alle im Parlament vertretenen Parteien sowie an alle auf politische Entscheidungsträger Einfluss nehmenden Organisationen mit deren Experten und an die maßgeblichen Grundbesitzer und Seegemeinden, die dauerhafte Erhaltung des Neusiedler Sees als prioritäre und dringliche Zielsetzung einzustufen.

Dieser Appell richtet sich ebenfalls an die Entscheidungsträger unseres Nachbarstaates Ungarn mit dem dringenden Ersuchen, den Erfordernissen zur Erhaltung der Kulturlandschaft Fertő/Neusiedler See beizupflichten und diese verantwortungsbewusst mitzutragen.

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Weiden am See bittet eindringlich „alles in Kräften Stehende zu tun, unter vollem Einsatz der eigenen Hilfsmittel und gegebenenfalls unter Nutzung jeder erreichbaren internationalen Unterstützung und Zusammenarbeit“, so wie dies auch das Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt wortwörtlich fordert.

Dass Wasserstandsschwankungen bis hin zum Austrocknen des Neusiedler Sees geführt haben, ist geschichtlich dokumentiert. Allerdings muss einer Austrocknung aus heutiger Sicht massiv entgegengewirkt werden.

Denn das natürliche Wiederkehren des Wassers, so wie historisch beschrieben, ist aus vielen verschiedenen Gründen heute nicht mehr so möglich, wie dies früher der Fall war:

- Raab - Rabnitz - Regulierungen verhindern ein natürliches Wiederbefüllen des Neusiedler Sees,

- fehlende Überflutungsflächen durch Trockenlegungen einschließlich deren Verbauungen,
- extremer Schilfbestand führt zu höchsten Verdunstungsraten,
- Klimawandel mit kontinuierlich zunehmenden Hitzetagen und anhaltendem Niederschlagsmangel.

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Weiden am See wendet sich an die **Politik, Behörden, Verwaltung und an die Grundbesitzer** und fordert eindringlich:

- Einleiten umgehender und wirksamer Maßnahmen zur Absicherung und Verbesserung der Wasserbilanz für den Neusiedler See und den Seewinkel,
- Bereitstellen ausreichender finanzieller Mittel, zum Werterhalt der eigenen Liegenschaften und zum Verhindern von Schäden, die ungleich höheren Ausmaßes wären,
- Unterstützen neuer Lösungsansätze und Priorisieren rasch realisierbarer Lösungen:
  - Mehrere Möglichkeiten (Zufluss über Ikva/ Kardos-ér/Répce, Moson-Donau, Donau, Leitha, Verdunstungs-Reduktion des Schilfs bzw. Windverfrachtungen) sind vorhanden;
- Arbeiten an mehreren Lösungen parallel:
  - mittlerweile bleibt keine Zeit, auf die Ergebnisse neuer Studien zu warten, sondern es muss mit vorhandenem Wissen begonnen werden,
  - weitere Studien sollen begleitend durchgeführt werden;
- Zielstrebiges Weiterführen der Verhandlungen mit dem Nachbarstaat Ungarn in Kooperation mit und zwischen den zuständigen Ministerien und diplomatischen Vertretern.

Wir bitten eindringlich, dass die erforderlichen Verfahren und Abläufe für den nachhaltigen Erhalt des Neusiedler Sees überparteilich, rasch und unbürokratisch behandelt werden.

Das Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt bezieht sich in Artikel 5 auf „geeignete rechtliche, wissenschaftliche, technische, Verwaltungs- und Finanzmaßnahmen zu treffen“ und spricht dabei ausdrücklich die Verwaltung an.

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Weiden am See wendet sich aufgrund der Dringlichkeit und Wichtigkeit für die Region Neusiedler See – Seewinkel und des Grenzen überschreitenden einmaligen Vorhabens zur Erhaltung des Neusiedler Sees auch direkt an die **Bundesministerien**

- Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie,
- Bundesministerium Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft,
- Bundesministerium Europäische und internationale Angelegenheiten und
- Bundesministerium für Inneres

mit dem Ersuchen:

- die Verhandlungen mit unserem Nachbarstaat Ungarn auf entscheidungsbefugter Ebene zu eröffnen bzw. zu unterstützen (betrifft z.B. Ikva/Kardos-ér/Répce über Einserkanal einleiten, Wasser aus der Moson-Donau, Verdunstungs- bzw. Schilfreduktion auf ungarischer Seite des Neusiedler Sees),
- Schaffung einer innerstaatlichen Lösung zur Dotierung des Neusiedler Sees – Seewinkel,
- Freigaben für die Erfordernisse einer nachhaltigen Verringerung des Schilfbestandes,
- Bereitstellung von Expertisen zum wesentlichen Thema Verdunstung und Wasserbau.

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Weiden am See ist sich gewiss, dass ohne Kooperation der **Naturschützer, Naturschutzverantwortlichen** und

**Naturschutzorganisationen** mit den politischen Umsetzungsverantwortlichen diese dringend erforderliche und rasche Umsetzung nicht möglich ist und appelliert daher an alle o.a. Personen und Stellen eingehend:

- **kein falsch verstandener Naturschutz als Hinderungsgrund**, denn
  - das Natura2000 Gesetz spricht eindeutig von „Bewahrung, Entwicklung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes“,
  - das Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt Gesetz nennt: „Erhalt in Bestand und Wertigkeit,... wirksame und tatkräftige Maßnahmen“. Damit wird **explizit aktives Eingreifen ermöglicht!**
- Hinterfragen bzw. Optimieren der bislang üblichen Vorgehensweise,
- fachgerechtes Umdenken angesichts der drohenden Austrocknung des Neusiedler Sees,
- umsetzbare, umweltfreundliche Fakten für den Erhalt schaffen,
- Naturschutz muss ein aktives Eingreifen unterstützen und darf dieses nicht blockieren – ein vernünftiges Abwägen von Vor- und Nachteilen ist zwingend erforderlich,
- positives Lobbying für den Erhalt des Neusiedler Sees; unverständlichlicherweise wird sehr viel Lobbying gegen Maßnahmen zum Erhalt des Neusiedler Sees betrieben,
- Die negativen Konsequenzen einer Austrocknung (wie z. B. Fisch-Sterben, Abwanderung von Vogelarten, Gesundheitsgefährdung, ...) dürfen keinesfalls unterschätzt oder verdrängt werden.

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Weiden am See wendet sich auch an **Universitäten, Wissenschaftler** und **Experten**, unbürokratisch Expertise insbesondere zu den Themen Verdunstung, Hydrologie und Wasserbau bereitzustellen.

Wir beurteilen die immer wieder aufgegriffene Argumentation, nicht in die Natur eingreifen zu dürfen, als nicht zielführend!

Wir Menschen haben bereits massiv in die Natur eingegriffen, mit dem Bau des Einser Kanals vor über 100 Jahren, der Hanság wurde trockengelegt, die Ikva permanent aus dem Einzugsbereich abgeleitet, das immense Schilf wachstum nicht unterbunden, etc.

Den Neusiedler See jetzt sich selbst zu überlassen, ist verantwortungslos.

Das Abwenden einer drohenden Naturkatastrophe hat höchste Priorität! Es wäre unverhältnismäßig, bei notwendigen Maßnahmen die Nachteile mit der Lupe zu suchen und vordergründig darzustellen!

Mit den derzeit zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Erkenntnissen und technischen Möglichkeiten muss die Region Neusiedler See als Naturraum und als Erholungsgebiet erhalten werden!

**Wir alle stehen in der Verantwortung für unsere nächsten Generationen!**

Diese Resolution ergeht an:

- Burgenländische Landesregierung
- Innenministerium, Außenministerium, Landwirtschaftsministerium, Umweltministerium
- Österreichische Bundesregierung
- alle im Parlament vertretenen Parteien
- Entscheidungsträger unseres Nachbarstaates Ungarn
- Österreichische Botschaft in Ungarn
- Grundbesitzer
- Verantwortliche der Seegemeinden
- Verwaltung
- Naturschutzverantwortliche
- Naturschutzorganisationen

- Universitäten und Experten“

Vor der Abstimmung bittet Bernhard Schütz (ULW) darum solche Unterlagen in Zukunft an alle Gemeinderäte weiterzuleiten.

Vizebürgermeister Wandler stellt im Namen der ÖVP den Antrag, die Resolution für den Erhalt des Welterbes Neusiedler See zu beschließen.  
Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig** die Resolution für den Erhalt des Welterbes Neusiedler See.

#### **TOP 24. Zahl 130/2023 – Bestandaufnahme des Leerstandes in Weiden am See**

Ing. Maximilian Mairhofer erklärt das Bestreben der ULW, dass eine Bestandaufnahme des Leerstandes aller Objekte (Wohn- und Gewerbenutzung) im Gemeindegebiet von Weiden am See durchgeführt werden soll. Es soll somit ein Überblick über die zur Verfügung stehende Fläche geschaffen werden und somit auch einer weiteren Bodenversiegelung entgegengewirkt werden.

Auf die Frage, wie diese Bestandsaufnahme durchgeführt werden soll, antwortet Ing. Maximilian Mairhofer (ULW), dass sich die Gemeinde etwas einfallen lassen soll.

Beate Gangl (ÖVP) erkundigt sich, was mit dem Ergebnis gemacht werden soll. Es wird erklärt, dass mit den Eigentümern von leerstehenden Objekten gesprochen werden soll, um diese Objekte einer Nutzung zuzuführen.

Da in der Diskussion noch einige Fragen offenbleiben, beantragt Bernhard Schütz (ULW) die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes auf die nächste Gemeinderatssitzung.  
Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

#### Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig** TOP 24. Zahl 130/2023 – Bestandaufnahme des Leerstandes in Weiden am See zu vertagen.

#### **TOP 25-27 (131-133/2023) werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt und in einer gesonderten Niederschrift festgehalten.**

#### **TOP 28. Zahl 134/2023 – Allfälliges**

Bernhard Schütz (ULW) bittet um Aktualisierung der Website der Gemeinde.

Christian Wandler (ÖVP) erkundigt sich, woher das Land Burgenland die Daten zur Vorschreibung der Baulandmobilisierungsabgabe bekommen hat und stellt die Behauptung auf, die Gemeinde habe Grundeigentümer angezeigt. Diese Behauptung wird vom Bürgermeister (SPÖ) zurückgewiesen.

DI Franz Szecsenyi (ÖVP) regt an, einen Informationstermin mit der Landesregierung zu vereinbaren, da die Mitarbeiter der Hotline des Landes keine ausreichenden Auskünfte geben.

Vizebürgermeister Wandler (ÖVP) berichtet von der Sitzung des Wasserleitungsverbands. Die Wasserbezugsgebühr wird von € 1,56 auf € 2,00, die Grundgebühr von € 7,15 auf € 12 und die Wasserzählermiete um 6,25% erhöht. Es sind viele Instandhaltungen notwendig, um die alternde Infrastruktur zu modernisieren. Dafür sind hohe Investitionen vorgesehen. Bernhard Schütz (ULW) wundert sich, welche neuen Erkenntnisse die Preiserhöhung, die im Frühjahr noch abgelehnt wurde, jetzt rechtfertigt.

Klaus Fuhrmann (ULW) plädiert dafür den TOP „Bericht der Ausschüsse“ bei jeder Gemeinderatssitzung automatisch auf die Tagesordnung zu setzen.

Auf Anfrage von DI Franz Szecsenyi (ÖVP) warum das Thema „Pflegestützpunkt“ heute nicht auf der Tagesordnung war, erklärt der Bürgermeister (SPÖ), dass noch kein Termin mit der zuständigen Sachbearbeiterin Frau Ranftl möglich war.

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die nächste Gemeinderatssitzung voraussichtlich in der KW 9 stattfinden soll.

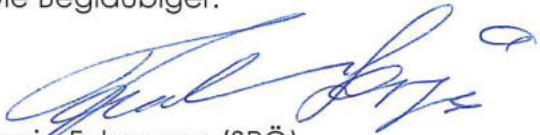
Klaus Fuhrmann (ULW) erklärt, dass der heute angesprochene schlechte Zustand der Güterwege auf den vielen Regen in diesem Jahr zurückzuführen ist.

Gerhard Achs (ÖVP) informiert von Straßenlaternen, die in einigen Straßen ausgefallen sind.

Weitere Fragen werden nicht gestellt, der Bürgermeister dankt und schließt die Sitzung.

V.g.g.

Die Beglaubiger:

  
Sonja Fuhrmann (SPÖ)

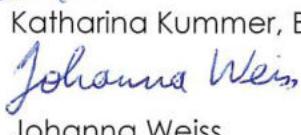
Der Vorsitzende:

  
Bgm. Heinrich Hareter (SPÖ)

Die Schriftführer:

  
Gerhard Achs (ÖVP)

  
Katharina Kummer, BA

  
Johanna Weiss